

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Haushaltsrede 2014

Vorgetragen durch

**Josef Mischko
Fraktionsvorsitzender**

26. November 2013

Es gilt das gesprochene Wort!



Ostalb

Herr Landrat, meine Damen und Herren,

„in einem wankenden Schiff fällt um, wer still steht – nicht, wer sich bewegt.“

Kreisumlage:

Die SPD-Fraktion hat sich nach einem langen Abwägungsprozess bewegt.

Nicht nur der Kreis, auch unsere Ostalb-Gemeinden brauchen das Geld. Denn, wesentlich für den hohen Investitionsrückstau bei Schulen – Kindergärten – Sportstätten – Abwasser oder Straßen, um nur einige Infrastrukturmaßnahmen zu nennen, ist zweifelsfrei die strukturelle Unterfinanzierung vieler Kommunen auch in unserer Region.

Vor diesem Hintergrund und um den Kommunen mehr finanziellen Spielraum zu belassen, **beantragt die SPD Kreistagsfraktion, die Kreisumlage um einen halben Prozentpunkt von 34 auf 33,5 Prozentpunkte zu senken.**

Den Kommunen tut es gut – und der Kreis geht deshalb nicht am Stock.

Pflegepersonal – Kliniken:

Herr Landrat, ein weiterer Punkt in Ihrer Haushaltrede, der die Kliniken betrifft, hat uns tief bewegt und in der Fraktion beschäftigt. Sie sagten - und ich darf zitieren:

„Unsere Kliniken leisten hervorragende Arbeit und verdienen eine angemessene Bezahlung“.

Auch die Arbeitsverdichtung sei unerträglich, fügten Sie in einem Atemzug hinzu.

Seit Jahren hörten wir tatsächlich diese Aussage immer und immer wieder, wie ein Echo. Die SPD-Fraktion befürwortet nachhaltig eine bessere Bezahlung des Klinikpersonals.

Setzen Sie sich bei der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft (BWKG) und den Krankenkassen für eine bessere Refinanzierung ein.

100 € mehr im Monat für unser Klinikpersonal wären angemessen, verantwortlich und eine menschlich gute finanzielle Investition.

Wir stellen heute den Prüfantrag an die Kreisverwaltung, was eine solche Bezahlung und deren Umsetzung kosten würde.

Hochschulen – Bildung:

Was unsere Schulen und die Schullandschaft anbelangt, so müssen wir auch in unserem Verantwortungsbereich noch mehr dafür tun, dass der Aufstieg durch Bildung für ALLE möglich wird.

Den Dreiklang – sprachlos – bildungslos – arbeitslos, darf es in unserer Region Ostwürttemberg nicht geben.

Dafür müssen sich alle einsetzen und mitarbeiten.

Was die Hochschulen anbelangt, so können wir sehr stolz auf unsere drei Hochschulen sein! Alle drei Hochschulen sind am Puls der Zeit: Die Hochschule Aalen mit ihren Säulen Technik und Wirtschaft, die Hochschule für Gestaltung im Bereich Design und die PH Schwäbisch Gmünd mit ihren Profilschwerpunkten Bildung, Gesundheit und Interkulturalität. Und mit der PH Schwäbisch Gmünd haben wir sogar eine „Bildungsuni“ im Landkreis!

Mit Universitätsprofilen im Bildungsbereich zieht die PH junge und hoch qualifizierte Frauen in die Region. Mit dem Gesundheitsprofil stärkt sie die regionale Gesundheitswirtschaft – beides ist zentral für einen erfolgreichen Kreisentwicklungsprozess vor dem Hintergrund des demographischen Wandels!

Unsere Hochschulen müssen gegenüber den Ballungszentren gestärkt werden, um attraktiv zu bleiben. Vor allem, meine Damen und Herren, im

Wettbewerb gegenüber den Hochschulen im Umfeld, sprich Heilbronn, Esslingen und Ulm.

Die Hochschule Aalen hat vor wenigen Tagen ihren 50-zigsten Geburtstag gefeiert und wir dürfen herzlich gratulieren.

Ja, die Aalener Hochschule hat sich in fünf Jahrzehnten zu einer internationalen Hochschule, mit weit über 5.000 Studenten entwickelt - davon allein 450 ausländische Studenten aus 39 Ländern. An dieser Stelle sagen wir als SPD-Fraktion sehr deutlich,

JA zu neuen Studiengängen. Ja zu neuen Studiengängen zur Bewältigung unserer zukünftigen Herausforderungen, aber bitte nicht zu Lasten oder mit Einschränkungen für unsere attraktiven und wichtigen Hochschulen.

Eine Verlagerung von Studienplätzen innerhalb unserer Region darf es nicht geben. Sie würden der Hochschule Aalen einen „Bärendienst“ erweisen. Im Gegenteil, der Campus in Aalen muss durch die Verbindung zu Forschungseinrichtungen gestärkt werden, nur dann ist er auf Dauer attraktiv, um dieses Niveau zu halten und auszubauen.

Energiepolitik – Windräder:

Herr Landrat, was die Umsetzung für erneuerbare Energien anbelangt, verfestigt sich der Eindruck, dass wir immer stärker von ehemals handelnden zu getriebenen Kommunalpolitikern des Landes und Bundes werden.

Sie, Herr Landrat, sagten Anfang des Jahres wörtlich: Das „Vordere Härtsfeld“ könnte im Land ein „Modellfall“ in Sachen Windkraft werden. Wir fragen, wer steht hier auf der Bremse? Wenn über 700 ha Vorrangfläche für Windenergie in der Region ausgewiesen ist und Windkraft ein zukünftiger Wachstumsmarkt werden soll, müssen wir mehr Umsetzungsdruck in dieser Sache ausüben.

Was will die SPD-Kreistagsfraktion?

- Wir wollen einen Flächenpool.
- Wir wollen eine Bürgerbeteiligung.
- Wir wollen, dass die Wertschöpfung der Windkraftanlagen vor Ort bleibt.
- Wir wollen und brauchen ein regionales „Standortkonzept“:
- Und wir wollen einen verlässlichen Umsetzungszeitplan.

Was wir nicht wollen, ist, dass von der Windkraft die Einen profitieren, während die Anderen belastet werden und in die berüchtigte „Röhre“ schauen.

Mehr gemeinsamen Druck zur Umsetzung ist längst überfällig, bitte setzen Sie sich für die regionalen Partner in der Energiewende ein! Das sind die Stadtwerke der Kommunen. Diese Unternehmen sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende in Deutschland und damit auch auf der Ostalb.

Breitbandversorgung:

Eine flächendeckende Versorgung unserer Raumschaft mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen ist für unsere Bevölkerung und die heimische Wirtschaft sowohl Wachstumsmotor, als auch für die Entwicklung von Beschäftigung, die Wettbewerbsfähigkeit und für die Wirtschaftskraft bedeutsam.

Jede Maßnahme auf diesem Weg wird von der SPD-Fraktion nachhaltig unterstützt.

Hochspannungsleitung:

Eine Bemerkung ist auch geboten zum Neubau einer 380 KV-Leitung zwischen Goldshöfe und Bünzwangen. Dabei ist zu hinterfragen, ob diese Verbindung einer Versorgungssicherheit für den mittleren Neckar-

raum zukünftig überhaupt notwendig ist. Zu hinterfragen ist auch, ob das Wort von Transnet -Geschäftsführer Rainer Joswig noch seine Gültigkeit hat, nachdem er in einer gemeinsamen Pressekonferenz im Landratsamt „hoch und heilig“ versprochen hat, das Verfahren bis zum Ende des Gutachterergebnisses ruhen zu lassen.

Laut Aussagen von Bürgerinitiativen wird jedoch trotz dieses Versprechens munter weitergeplant.

Was stimmt nun Herr Landrat? Wir fordern Aufklärung!

Straßen:

Über den Zustand des Kreisstraßennetzes können wir zufrieden sein.

Die jetzt anstehende neue Erhebung wird zeigen, wo noch Handlungsbedarf besteht.

Nach Jahren der Vernachlässigung der Landesstraßen wird nun die grün-rote Landesregierung den Etat merklich aufstocken. Damit kommt auch die Verwirklichung der Ortsumfahrung Bargau ein Stück näher.

Inzwischen haben wir im Kreis in Herrn Dr. Scheffold einen offenbar nicht ausgelasteten Oppositionspolitiker. Der schimpft nur noch in der Gegend rum.

Sogar über die Lappalie, dass Verkehrsminister Hermann schon durch den noch nicht geöffneten Gmünder Tunnel gefahren ist, um noch rechtzeitig zur Eröffnung der Landesstraße nach Heuchlingen zu kommen, regt er sich künstlich auf und spricht von einer „bodenlosen Unverschämtheit“. Seit er in der Opposition und nicht mehr Staatssekretär ist, hat er in seiner Kritik jedes Maß verloren. Aber vielleicht war er bei diesem Punkt auch nur frustriert, weil es ihm in all den Jahren seiner Tätigkeit eben nicht gelungen war, dass das Land diese Straße ausbaut.

Klaus Maier hat es nun gerichtet.

Jugend und Politik:

Erstmals werden in Baden-Württemberg rund 200.000 16- und 17-Jährige, bei den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 wählen dürfen. Ziel des neuen Wahlgesetzes ist es, junge Menschen frühzeitig in das demokratische System einzubinden, sie an die Politik heranzuführen und dafür zu sorgen, dass sie mitbestimmen und mitwirken können.

Die Jugendlichen entscheiden mit über Freizeitangebote, Jugendhäuser, Schulen, über Angebote im öffentlichen Nahverkehr und vieles mehr.

Die SPD-Fraktion möchte die Jugendlichen motivieren und unterstützen, ihren Gestaltungsraum in kommunalpolitischen Angelegenheiten zu nutzen.

Deshalb stellt die SPD-Kreistagsfraktion den Antrag auf Einführung eines jährlichen „Jugendkreistages“, mit dem Ziel, die dort gestellten Anträge in den Kreistag einzubringen.

Flüchtlinge:

In Sachen Flüchtlinge müssen wir uns, Herr Landrat, meine Damen und Herren, in unseren Städten, Gemeinden und Regionen für eine humanere Integration von Flüchtlingen einsetzen. Was wir dabei politisch hier im Ostalbkreis brauchen, ist eine verantwortbare Willkommenskultur. Gerade die jüngste Tragödie vor der italienischen Küste von Lampedusa sollte uns allen die Augen öffnen. Es ist doch letztlich geradezu unsere Pflicht, als wohlbestelltes und leistungsstarkes Land den Flüchtlingen zu helfen.

Und wenn Sie, Herr Landrat, in Ihrer Haushaltsrede anmerken, dass man bei den Unterbringungsmöglichkeiten schon längst an Grenzen gestoßen ist, so mag das durchaus richtig sein. Aber richtig ist auch, dass

Land und Kreis heute mühsam Flüchtlingsunterkünfte neu suchen und schaffen müssen, die auf Geheiß der CDU/FDP-Regierung zwischen 2000 und 2010 rigoros abgebaut wurden.

Und wenn hierbei der stellvertretende CDU-Landeschef Winfried Mack und sein Integrationspolitischer Sprecher Lasotto jüngst im Landtag von Baden-Württemberg forderten, dass unqualifizierte Flüchtlinge, die nicht in den Arbeitsmarkt zu vermitteln sind, konsequent abgeschoben werden,

nach dem Motto: „Die Nützlichen ins Land, die Nutzlosen ins Ausland“, braucht man dem wohl nichts mehr hinzufügen.

Es sei denn, man sagt: BESCHÄMEND!

Das große Engagement von Wohlfahrtsverbänden und ehrenamtlichen Helfern können wir von Seiten der SPD gar nicht genug würdigen und herausstellen. Die Grundkenntnisse der Sprache werden den Flüchtlingen im Moment von Ehrenamtlichen unentgeltlich beigebracht. Hier sehen wir als SPD-Fraktion einen weiteren Verbesserungsbedarf.

Nein, wir wollen als SPD-Fraktion zusammen mit Ihnen Herr Landrat, eine humanere Flüchtlingspolitik angehen und umsetzen, und dazu gehört auch eine breite und stets transparente Informationspolitik in unserer Raumschaft.

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt, dass alle im Kreis bestehenden Freundeskreise „Asyl“ vernetzt werden. Dies soll durch das Landratsamt organisiert werden.

Frauenarmut:

In Deutschland wächst die Zahl von Menschen, die in Armut leben. Frauen und Mädchen sind deutlich häufiger als Männer und Jungen betroffen. Es ist hohe Zeit, die geschlechtsspezifischen Ursachen herauszuarbeiten und diese zu ändern. Daher auch unser gemeinsamer Antrag mit den Freien Wählern in der letzten Sitzung. Ein wesentlicher Grund für

die bestehende Schieflage ist die geringere Bewertung typischer Frau-entätigkeiten gegenüber vergleichbaren typischen Männertätigkeiten. Er resultiert nicht nur aus hohen Teilzeitquoten, Unterbrechungen der Erwerbsbiografie durch Haus- und Betreuungsarbeit sondern auch daraus, dass Frauen in Führungspositionen extrem unterrepräsentiert sind. Selbst auf gut bezahlten Arbeitsplätzen verdienen Frauen durchschnittlich etwa 25 Prozent weniger als Männer.

An den Startchancen ins Berufsleben liegt diese Ungleichheit nicht mehr. Sobald die Frauen jedoch Kinder bekommen, sinkt die Erwerbstätigen-Quote deutlich. Und damit kann erneut der schon beschriebene Teufelskreis beginnen, der zu einer Benachteiligung bis ins Rentenalter hinein führt.

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt, dass an der Klausursitzung am 22. März die Problemfelder der Frauenarmut aufgearbeitet werden. Wichtig ist, dass dabei konkrete Handlungsfelder für den Ostalbkreis festgelegt werden und erste Schritte bereits 2014 umgesetzt werden können.

Unterzeichnung der Europäischen Charta für Gleichstellung:

Herr Landrat, meine Damen und Herren, der europäische Rat der Gemeinden und Regionen unterstützt eine Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf kommunaler und regionaler Ebene.

Zahlreiche deutsche und europäische Kommunen und Kreise haben dieses Projekt bereits unterzeichnet. Die Charta ist auf regionaler Ebene ein wertvoller Impulsgeber für diesbezügliche Aktivitäten vor Ort.

Die SPD-Fraktion beantragt die Unterzeichnung der Europäischen Charta für Gleichstellung für den Ostalbkreis. Im Rahmen der Charta wird dann innerhalb von zwei Jahren, unter Federführung unserer Gleichstellungsbeauftragten Frau Krumm, eine Aktionsplan erarbeitet, der ganz speziell auch auf die Verbesserung der Situation der Frauen im Ostalbkreis zugeschnitten ist.

Schluss

Meine Damen und Herren, das war die Haushaltsrede der SPD-Fraktion. Für die anstehenden Beratungen in den Ausschüssen wünsche ich viel Erfolg und gute Ideen nach dem Motto. „Wer die richtigen Antworten sucht, muss zuerst lernen, die richtigen Fragen zu stellen.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit